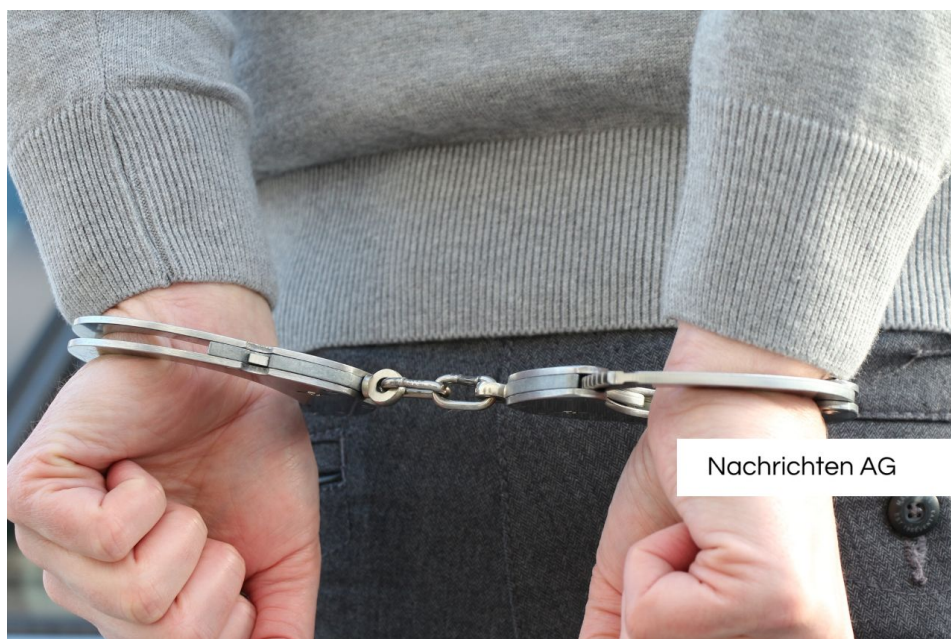


Schleuser-Festnahmen boomen: Grenzkontrollen zeigen Wirkung in BW!

Verstärkte Grenzkontrollen in Baden-Württemberg führen zu zahlreichen Festnahmen von Schleusern und verändern das Leben in Grenzregionen.



Baden-Württemberg, Deutschland - Die steigenden Zahlen unerlaubter Einreisen und die zunehmenden Festnahmen von Schleusern an den deutschen Außengrenzen dominieren derzeit die Diskussionen über die Asyl- und Migrationspolitik in Deutschland. Laut einem Bericht der **FAZ** hat die Intensivierung der Außengrenzkontrollen in Baden-Württemberg zu einer hohen Zahl an Festnahmen geführt. Allein an der Schweizer Grenze wurden im Jahr 2022 mit 146 festgenommenen Schleusern ein Höchstwert erreicht. Auch an der Grenze zu Frankreich sind 60 Schleuser in den letzten Monaten gefasst worden.

Insgesamt wurden von 2021 bis März 2025 in Baden-Württemberg 552 Schleuser festgenommen. Diese agieren

häufig skrupellos und erpressen hohe Summen von geflüchteten Menschen, während sie sie unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Deutschland bringen. An den Grenzen wird derzeit eine verstärkte Überwachung durch die Bundespolizei durchgeführt, die an der Grenze zur Schweiz seit Herbst 2023 und zur Frankreich seit einem Jahr intensiviert wurde.

Aktuelle Zahlen und Trends

Zusätzlich zu den Schleuserfestnahmen wurden seit September 2024 systematische Kontrollen an allen deutschen Landesgrenzen eingeführt. Diese Maßnahmen zeigen bereits erste Ergebnisse: In den 140 Tagen seit Beginn der Kontrollen wurden 22.243 unerlaubte Einreisen festgestellt und 13.786 Menschen ohne Papiere abgewiesen oder zurückgeschoben, wie **Tagesschau** berichtet.

Im Januar 2025 sank die Zahl der unerlaubten Einreisen auf 5.147, im Vergleich zu den Vorjahren ist das ein merklicher Rückgang. Insgesamt belief sich die Zahl unerlaubter Einreisen im Jahr 2024 auf 83.572, was im Vergleich zu den 127.549 Einreisen im Jahr 2023 deutlich weniger ist.

Politische Reaktionen und Maßnahmen

Die politischen Reaktionen auf die Situation sind vielfältig. Alexander Dobrindt, der kürzlich zum neuen Bundesinnenminister ernannt wurde, hat verstärkte Kontrollen an den Außengrenzen angekündigt. Der Personalbestand an den Grenzen wird von 11.000 auf bis zu 14.000 Bundespolizisten aufgestockt. Dobrindt hat zudem die Zurückweisungen von Migranten in Asylfällen angekündigt, was eine drastische Wende in der Asylpolitik darstellt. Diese Änderung könnte auch die Abstimmung mit Nachbarstaaten, wie im Koalitionsvertrag von Union und SPD festgelegt, komplizieren, da derzeit unklar bleibt, wie diese Zusammenarbeit konkret umgesetzt wird, wie **Süddeutsche** schreibt.

Während Dobrindt und andere Politiker die verstärkten Kontrollen loben, gibt es auch Kritiker wie Polens Ministerpräsident Donald Tusk, der betont, dass die Grenzkontrollen primär an den Außengrenzen der EU gelten sollten. Diese Kontroversen spiegeln sich nicht nur in der Politik, sondern auch im Alltag der Bürger wider. Kehls Oberbürgermeister Wolfram Britz sowie seine Amtskollegin Jeanne Barseghian haben sich über die Beeinträchtigung des Lebens im deutsch-französischen Ballungsraum beschwert. Verkaufszahlen im örtlichen Einzelhandel zeigen einen Rückgang an Kunden, die aus Straßburg kommen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die intensiveren Grenzkontrollen nicht nur die Zahl der Festnahmen von Schleusern erhöhen, sondern auch eine Debatte über die Asylpolitik und die Zusammenarbeit mit europäischen Nachbarn entfachen. Die kommenden Monate werden zeigen, wie sich diese Maßnahmen auf die Migration und die gesellschaftliche Situation in Deutschland auswirken werden.

Details	
Vorfall	Menschenhandel
Ort	Baden-Württemberg, Deutschland
Festnahmen	552
Quellen	• www.faz.net • www.tagesschau.de • www.sueddeutsche.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net